29. 01. 82

## Fragen

## für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 3. Februar 1982 am Donnerstag, dem 4. Februar 1982

## Verzeichnis der Fragesteller

•	Nummer ler Frage	Abgeordneter	Nummer der Frage
Auch (SPD)	177, 178	Dr. Hirsch (FDP)	.181, 182
Bindig (SPD)	. 66, 67	Horstmeier (CDU/CSU)	6,99
Frau Blunck (SPD)	132, 133	Dr. Hupka (CDU/CSU)	. 28, 146
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	164, 165	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	19, 24
Borchert (CDU/CSU)	. 75,76	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	1, 2
Boroffka (CDU/CSU)	116, 117	Jaunich (SPD)	.149, 150
Broll (CDU/CSU)	. 13, 14	Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	11, 12
Dr. Bugl (CDU/CSU)	168, 169	Kalisch (CDU/CSU)	.154, 155
Catenhusen (SPD)	175, 176	DrIng. Kansy (CDU/CSU)	57,58
Clemens (CDU/CSU)	156, 157	Kirschner (SPD)	68
Conradi (SPD)	. 88,89	Klein (Dieburg) (SPD)	53,54
Dr. Czaja (CDU/CSU)	. 63, 64	Kolb (CDU/CSU)	46, 47
Dallmeyer (CDU/CSU)	114, 115	Kolbow (SPD)	94, 95
Daweke (CDU/CSU)	. 90,91	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	74
Doss (CDU/CSU)	55	Dr. Kübler (SPD)	. 36, 183
Egert (SPD)	. 82,83	Lambinus (SPD)	40, 41
Eigen (CDU/CSU)	. 69,70	Dr. Laufs (CDU/CSU)	34, 35
Dr. Enders (SPD)	100, 101	Lenzer (CDU/CSU)	22,23
Frau Dr. Engel (FDP)	71, 170	Frau Dr. Lepsius (SPD)	.108, 109
Engelsberger (CDU/CSU)	27, 145	Leuschner (SPD)	.173, 174
Francke (Hamburg) (CDU/CSU)	. 97,98	Linsmeier (CDU/CSU)	138
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	62, 151	Lorenz (CDU/CSU)	60,61
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	. 72, 73	Lutz (SPD)	42, 43
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	140, 141	Frau Luuk (SPD)	.104, 105
Haase (Fürth) (SPD)	. 84, 85	Marschall (SPD)	.122, 123
Hansen (fraktionslos)	. 20, 21	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	.134, 135
Dr. Hennig (CDU/CSU)	29, 147	Merker (FDP)	.120, 121
Herberholz (SPD)	3, 52	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	. 48,49
Hinsken (CDU/CSU)	139	Dr. Miltner (CDU/CSU)	9. 10

## Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	Nummer der Frage	Abgeordneter Nummer der Frage
Milz (CDU/CSU)	. 59, 144	Spranger (CDU/CSU)31
Dr. Müller (CDU/CSU)	77,78	Dr. Sprung (CDU/CSU)
Müller (Schweinfurt) (SPD)	.136, 137	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)
Nelle (CDU/CSU)	7,8	Frau Steinhauer (SPD)
Pauli (SPD)	44, 45	Stiegler (SPD)
Pfeffermann (CDU/CSU)	.152, 153	Stutzer (CDU/CSU)148
Rayer (SPD)	.130, 131	Frau Terborg (SPD)
Frau Roitzsch (CDU/CSU)	.162, 163	Thüsing (SPD)
Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	.158, 159	Frau Traupe (SPD)
Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU)	79,80	Vogelsang (SPD)
Schartz (Trier) (CDU/CSU)	32, 33	Dr. Voss (CDU/CSU)
Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	.102, 103	Dr. Warnke (CDU/CSU)
Schmidt (Kempten) (FDP)	81	Weirich (CDU/CSU)
Dr. Schöfberger (SPD)	38, 39	Werner (CDU/CSU)
Schröder (Hannover) (SPD)	.118, 119	Frau Weyel (SPD)
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	.160, 161	Frau Will-Feld (CDU/CSU) 50, 51
Sielaff (SPD)	93	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)
Frau Simonis (SPD)	.106, 107	Würtz (SPD)56
Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	.124, 125	Frau Zutt (SPD)
Dr. Spöri (SPD)	30, 37	

## Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesreglerung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft	
und Forsten	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und	
Gesundheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	21
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde-	
wesen	23
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	23
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	25

# Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, den durch das Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung und der Mietverzerrung mit Wirkung zum 1. Januar 1982 für die bis 1970 geförderten Eigentumsmaßnahmen gestrichenen Bonus alten Rechts für eine Übergangszeit wieder einzuführen?

2. Abgeordneter Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesinitiative für sachdienlich, und beabsichtigt sie eine solche?

# Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter Herberholz (SPD)

Welche sachbezogenen Argumente haben den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland anläßlich der zwölften Sitzung des Committee on Food Aid Policies and Programmes (CFA) der FAO am 27. Oktober 1981 veranlaßt, das Projekt Nummer 24 90 der Sozialistischen Republik Vietnam als nicht förderungswürdig abzulehnen?

# Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter Vogelsang (SPD)

Wie haben sich Studien- und Verweildauer von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen im Zeitraum 1974 bis 1979 entwickelt?

5. Abgeordneter Vogelsang (SPD) Welche Aussagen können über Studien- und Verweildauer von Hochschulabsolventen für diesen Zeitraum gemacht werden, die über BAföG gefördert wurden?

6. Abgeordneter Horstmeier (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Auswirkung der Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zum 1. August 1981 bekannt, die bewirkt, daß positive Einnahmen aus Vermietung angerechnet werden, nicht aber negative, und wenn ja, was kann sie zur Vermeidung dadurch eintretender besonderer Härten vorschlagen?

7. Abgeordneter Nelle (CDU/CSU) In welcher Höhe sind 1980 und 1981 Fernlehrgänge nach den Entscheidungsgrundlagen des Bundesinstituts für Berufsbildung zugelassen worden, und ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe 1980 und 1981 Fernlehrgänge nach den Entscheidungsgrundlagen der staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht der Länder zugelassen wurden?

8. Abgeordneter Nelle (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit die Fernlehrgänge durch die staatliche Zentralstelle für Fernunterricht, differenziert nach den Abschlüssen in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Prüfungen, effizient waren, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Daten?

## Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter Miltner (CDU/CSU)

Treffen Veröffentlichungen, zu, daß der BND in einem Bericht an das Bundeskanzleramt von Informationen gesprochen hat, wonach SED-Chef Honecker vorab von den Entscheidungen in Polen im Zusammenhang mit der Verhängung des Kriegsrechts unterrichtet gewesen sei?

10. Abgeordneter
Miltner
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß dem Bericht zufolge die "DDR" im Zuge der Vorbereitung zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen etwa 500 bis 600 Angehörige des Staatssicherheitsdienstes abgestellt hat, u. a. für fernmeldetechnische Dienste?

11. Abgeordneter Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)

Ist der Bundeskanzler auch jetzt noch bereit, seine Eindrücke und Aussagen aufrecht zu erhalten, Herr Honecker sei "bestürzt" gewesen, als er am 13. Dezember 1981 von der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erfahren habe, insbesondere nachdem in dem jetzt bekanntgewordenen BND-Bericht Erkenntnisse über eine vorherige Information und Beteiligung von SED-Chef Honecker enthalten sind?

12. Abgeordneter Dr. Jentsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Ministerialdirektor Dr. Ritzel im Bundeskanzleramt Weisung gegeben hat, den BND-Bericht über die Ereignisse in Polen den befreundeten Diensten der NATO-Staaten gegenüber als unrichtig zu bezeichnen, und wenn ja, aus welchen Gründen ist die Weisung erfolgt?

13. Abgeordneter Broll (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Ministerialdirektor Dr. Ritzel im Bundeskanzleramt im Zusammenhang mit dem jetzt bekanntgewordenen BND-Bericht über die Verhängung des Kriegsrechts in Polen die Anweisung erteilt hat, künftig vor Abfassung solcher Meldungen des BND mit ihm darüber zu sprechen, und wenn ja, weshalb soll diese neue Praxis eingeführt werden?

14. Abgeordneter Broll (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der BND gegen eine solche Verfahrensweise erhebliche Bedenken angemeldet hat, weil sie eine Verfälschung der Informationen aus politischer Opportunität nicht ausschließe?

15. Abgeordneter Werner (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der BND in einem nach dem 13. Dezember an das Bundeskanzleramt gerichteten Bericht gemeldet hat, daß der SED-Generalsekretär am 13. Dezember von der Machtübernahme des Militärs in Polen nicht überrascht sein konnte?

16. Abgeordneter Werner (CDU/CSU) Trifft es zu, daß der zuständige Beamte im Bundeskanzleramt den Bericht kritisierte und verlangte, diesen den Nachrichtendiensten der Verbündeten gegenüber als unrichtig zu bezeichnen und anordnete, daß in Zukunft vor Abfassung derartiger Berichte eine Rücksprache zu erfolgen habe? 17. Abgeordneter Dr. Voss (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Dr. Ritzel, sich im Zusammenhang mit der BND-Berichterstattung über die Verhängung des Kriegsrechts in Polen ohne Wissen des BND-Präsidenten Kinkel an den Leiter der BND-Abteilung "Auswertung" wandte und verlangte, daß Meldungen über Polen vor der Abfassung mit ihm abgesprochen werden müßten?

18. Abgeordneter Dr. Voss (CDU/CSU)

Hat Ministerialdirektor Dr. Ritzel vom BND verlangt, daß der Bericht gegenüber den NATO-Staaten für unrichtig erklärt werde, und was ist tatsächlich geschehen?

19. Abgeordneter Jäger (Wangen) (CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß die DDR Regierung im Zuge der Vorbereitung der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 500 bis 600 Angehörige des Staatssicherheitsdienstes u. a. für fernmeldetechnische Dienste abgestellt hat, und sind der Bundesregierung noch andere Maßnahmen der DDR Regierung in diesem Zusammenhang bekannt?

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

20. Abgeordneter Hansen (fraktionslos)

Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Verletzungen der menschlichen Freiheiten und Gewaltakte, die in El Salvador mit Beteiligung der USA geschehen sind oder noch geschehen, und wenn ja, wird die Bundesregierung aktiv werden, um die Länder der Europäischen Gemeinschaft zu veranlassen, innerhalb der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen tätig zu werden, um diese Verletzungen der menschlichen Freiheiten und Gewaltakte nachdrücklich zu rügen?

21. Abgeordneter Hansen (fraktionslos)

Welche weitere Maßnahmen wird die Bundesregierung auf Grund der Entwicklung der Lage in El Salvad or anregen?

22. Abgeordneter Lenzer (CDU/CSU) Welche Richtlinien bestehen für die Botschaft und Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland bezüglich einer Unterstützung der Exportbemühungen der deutschen Industrie?

23. Abgeordneter Lenzer (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik aus Kreisen der deutschen Exportwirtschaft, daß sich z. B. die Wirtschaftsreferenten der deutschen Auslandsvertretungen weigerten, deutsche Unternehmen bei ihren Exportbemühungen zu unterstützen?

24. Abgeordneter Jäger (Wangen) (CDU/CSU) Sind Pressemeldungen (FAZ vom 19. Januar 1982), in denen der Wortlaut einer Verordnung der polnischen Militärregierung, über die Errichtung von "Isolations-Zentren" für politische Häftlinge zitiert wird, nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zutreffend, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung sonst über diese Konzentrationslager und die dort herrschenden Haftbedingungen?

25. Abgeordneter Graf Stauffenberg (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der auch von ihr anerkannten Verantwortlichkeit der Sowjetunion für die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und für die dortigen blutigen und menschenrechtswidrigen Unterdrückungsmaßnahmen, an denen nach unwidersprochenen Mitteilungen eine größere Anzahl von Sowjetsoldaten in polnischen Uniformen teilnimmt, der Auffassung, daß die Sowjetunion damit die Bestimmungen des deutschsowjetischen Vertrags in besonders gravierender Weise verletzt?

26. Abgeordneter Graf Stauffenberg (CDU/CSU)

Falls ja, beabsichtigt die Bundesregierung, der Sowjetunion dies zu notifizieren und aus der sowjetischen Vertragsverletzung weitere rechtliche und politische Folgerungen zu ziehen, gegebenenfalls welche?

27. Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, der Planungsstab im Auswärtigen Amt haben in einer vertraulichen Studie der Bundesregierung empfohlen, durch eine Kurskorrektur "die Vereinbarkeit von Ostpolitik und Allianzpolitik wieder zu sichern", nachdem "angesichts der Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den USA, aber auch zwischen uns und Frankreich, England und Italien" die Augen nicht mehr davor verschlossen werden könnten, "daß unsere Ostpolitik zunehmend in Gegensatz zu unserer Allianzpolitik zu geraten droht", und ist die Bundesregierung bereit, die empfohlene Kurskorrektur vorzunehmen?

28. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung gegen die aggressive Propagandathese vom "Berufsverbot" in der Bundesrepublik Deutschland während der Rede des obersten polnischen Kriegsherren Jaruzelski am 25. Januar vor dem polnischen Sejm Stellung zu nehmen?

29. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Militarisierungstendenzen und die Gefährdung des Pluralismus in Nicaragua?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

30. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

In welche Umfang ist es bisher zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden jugoslawischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland gekommen, umd was hat die Bundesregierung unternommen, um derartigen Entwicklungen entgegenzuwirken?

31. Abgeordneter Spranger (CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, daß die Zusammenarbeit zwischen der DKP und von ihr beeinflußten Organisationen, wie dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, und den offiziellen Organisatoren der Bonner Anti-Raketen-Demonstration vom 10. Oktober 1981, nämlich der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, mit einem "Treffen aller Gruppen, die die Demonstration am 10. Oktober mitgetragen haben", fortgesetzt wird?

32. Abgeordneter Schartz (Trier) (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, nach denen das im Bau befindliche französische Kernkraftwerk Cattenom anstatt der bisher bekannten zwei respektive vier Kernkraftwerksblöcke fünf oder sechs Kernkraftwerksblöcke erhalten soll?

33. Abgeordneter Schartz (Trier) (CDU/CSU)

Ist der Bundeskanzler Schmidt bereit, in einem persönlichen Gespräch mit dem französischen Präsidenten Mitterand den Protest der Bundesregierung gegen den Bau von fünf oder sechs Kernkraftwerksblöcken vorzutragen, und hat die Bundesregierung die Absicht, eine offizielle Protestnote gegen eine eventuell beabsichtigte Vergrößerung des Kernkraftwerks Cattenom der französischen Regierung zu übergeben?

34. Abgeordneter Dr. Laufs (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Umkehrung des Regelausnahmeverhältnisses für die Anwendung des Instruments der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit nach der Systematik der Verwaltungsgerichtsordnung, und hält sie eine Anderung des geltenden Rechts für angezeigt, weil das atomrechtliche Verfahren praktisch nur durch die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit jeder einzelnen Teilgenehmigung durchführbar ist?

35. Abgeordneter Dr. Laufs (CDU/CSU)

Welche Fälle von sogenannten Entschädigungsregelungen zwischen Bürgerinitiativen und Kraftwerksbetreibern sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Errichtung von neuen Kraftwerksblöcken bekannt geworden, und wie bewertet sie diese Abgeltung für Rechtsmittelverzicht in Genehmigungsverfahren aus rechtspolitischer Sicht?

36. Abgeordneter Dr. Kübler (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Geschäftspolitik der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), an möglichst vielen Orten im Ausland in Frankreich, USA und Belgien - und an allen möglichen Standorten auch im Inland - in Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern - Wiederaufafbeitungskapazitäten zeitlich fast gleichzeitig zu schaffen, sich deshalb mit der Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht deckt, weil diese von zunächst nur einer Demonstrationsanlage von 350 Jahrestonnen ausgeht, und daß deshalb Planungen der DWK, von Anfang an auch Anlagen mit einer Jahreskapazität von 750 Tonnen zu bauen, nicht der Entsorgungspolitik der Bundesregierung entsprechen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordneter Dr. Spöri (SPD)

Trifft es zu, daß für den Mordanschlag an drei Exiljugoslawen in Untergruppenbach bei Heilbronn der jugoslawische Geheimdienst UDBA verantwortlich ist? 38. Abgeordneter Dr. Schöfberger (SPD)

Welche besonderen Gründe veranlassen die Bundesregierung gerade jetzt, im 26. Jahr nach Inkrafttreten der Wehrverfassung, von ihrem Ermessen nach Artikel 96 Abs. 2 des Grundgesetzes Gebrauch zu machen, um eine Wehrstrafgerichtsbarkeit für den Verteidigungsfall aufzubauen, und welche Kriegsszenarien liegen diesem Versuch im Zeitalter nuklearer Waffentechnologie zugrunde?

39. Abgeordneter Dr. Schöfberger (SPD)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, ihre bisherigen Pläne und Vorbereitungsmaßnahmen zum Aufbau einer Wehrstrafgerichtsbarkeit geheim zu halten, und ist sie jetzt bereit, alle einschlägigen Absichten und bereits geschaffenen Tatsachen zu veröffentlichen?

40 Abgeordneter Lambinus (SPD) Wie weit ist ein etwaiger Entwurf der Bundesregierung für ein Ausführungsgesetz nach Artikel 96 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes gediehen, und durch welche materiellen und prozessualen Grundzüge zeichnet sich dieser Entwurf aus?

41. Abgeordneter Lambinus (SPD)

Sieht der Entwurf eines Ausführungsgesetzes nach Artikel 96 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes insbesondere die Einführung der Todesstrafe einschließlich der vorrangigen Änderung des Artikels 102 des Grundgesetzes vor, oder welche Vorstellungen über ein Wehrstrafrecht ohne Todesstrafe hat die Bundesregierung im Gegensatz zu historischen Vorbildern und ausländischen Regelungen entwickelt?

42. Abgeordneter Lutz (SPD) Trifft es zu, daß trotz des nicht vorhandenen Ausführungsgesetzes nach Artikel 96 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes künftige Wehrstrafrichter bereits namentlich feststehen, und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage wurden sie ausgewählt?

43. Abgeordneter Lutz (SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung die künftigen Wehrstrafrichter nicht nur bereits mit Roben eingekleidet hat, sondern mit ihnen auch schon regelmäßige Übungen, z.B. wieder im Juni 1982 in Mürwik, abhalten läßt, und nach welchen Lehrplänen und Lehrinhalten wird in solchen Übungen geübt?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

44. Abgeordneter Pauli (SPD)

Wie ist die Feststellung des Bundesfinanzministeriums in der Fragestunde am 22. Oktober 1981, Antwort zur Frage 94, zu verstehen, daß die für das Steueraufkommen maßgeblichen Bereiche der Abfertigung, der Betriebsprüfung sowie der Außenprüfung und der Steueraufsicht in der Bundesfinanzverwaltung ausdrücklich von den Stelleneinsparungen ausgenommen worden seien, während das Bundesfinanzministerium mit Erlaß III 1-0 1514-45/81, III 1-0 3100-15/81 vom 13. Juli 1981 ausdrücklich darauf hinweist, daß die Einsparauflagen – sowohl bei den Planstellen und Stellen als auch bei den sachlichen Mitteln – sowie die Stellenverlegungen sich in allen Aufgabenbereichen der Zollverwaltung auswirken werden?

45. Abgeordneter Pauli (SPD)

Trifft es zu, daß im Hauptzollamtsbezirk Trier mit einer zu überwachenden Grenzlänge von 190 km mit 14 Grenzzollämtern und 73 Grenzübergangsstellen nur vier Rauschgiftspürhunde zur Verfügung stehen, und wie ist in diesem Zusammenhang die Antwort auf meine Frage 79 in der Fragestunde am 22. Oktober 1981 zu verstehen, daß die Bundesregierung der Rauschgiftschmuggelbekämpfung an der Grenze durch den Zoll hohe Priorität beimißt?

46. Abgeordneter Kolb (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie hoch die Personalkosten der Bundesministerien insgesamt wären, wenn die Beschäftigtenzahl und der Stellenkegel auf dem Stand von 1969 geblieben wären, und wie hoch sie jetzt sind?

47. Abgeordneter Kolb (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie hoch die Schulden des Bundes am 31. Dezember 1981 waren, gegliedert nach Inlands- und Auslandskreditaufnahme, und wie hoch die Rück- und Zinszahlungen in den nächsten fünf Jahren sein sollen (ebenfalls gegliedert nach Inland und Ausland)?

48. Abgeordneter
Dr. Meyer zu
Bentrup
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung es als eine Möglichkeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Wohnungsbau an, den Veräußerungsgewinn landwirtschaftlicher Grundstücke steuerlich zu begünstigen, wenn dieser voll im Wohnungsbau investiert wird?

49. Abgeordneter Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)

Gibt es Hinweise, wie sich eine solche Maßnahme auf die Bereitstellung von Boden, auf die Ackerlandpreise und auf die Baulandpreise auswirken würde?

50. Abgeordnete Frau Will-Feld (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Steuerentlastungen im Rahmen des § 82 a EStDV für alle Gebäude — auch für die Gebäulichkeiten, die zu einem Betriebsvermögen gehören oder als Einfamilienhäuser bewertet sind — für energiesparend und umweltschützende Maßnahmen in Anspruch genommen werden können, und wenn ja, warum sollen Land- und Forstwirte (Winzer) mit einer Gewinnermittlung nach § 13 a EStG von dieser Begünstigung ausgenommen werden?

51. Abgeordnete Frau Will-Feld (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Durchschnitts- oder Pauschalversteuerung – wie § 13 a EStG – eine Vereinfachung darstellen, bei der nur die laufenden abzugsfähigen Aufwendungen abgegolten sind, aber steuerbegünstigte Sonderaufwendungen in aller Regel unberücksichtigt bleiben?

52. Abgeordneter Herberholz (SPD)

Zieht die Bundesregierung eine Änderung des § 370 der Abgabenordnung in Betracht, wenn nach derzeitiger Rechtslage derjenige nicht strafbar sein sollte, dessen Unterschrift mit Hilfe eines Unterschriftenautomaten unter einen Spendenaufruf gesetzt wurde, der zu einer Spende an einen steuerlich Begünstigten bittet, wobei der gespendete Betrag in Wirklichkeit jedoch einer politischen Partei zufließt?

53. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)

Ist der Bundesregierung die vom bayerischen Staatsminister der Finanzen vor wenigen Monaten in Form eines Faltblatts herausgegebene Veröffentlichung der bayerischen Staatsregierung "Bund kürzt Mittel — Länder tragen die Folgen" bekannt, in der es unter anderem heißt, "Die Bundesregierung hat mit ihrer verfehlten Politik die Finanzen des Bundes in die Krise gestürzt . . . Wenn jetzt wegen der gekürzten Bundesmittel die Investitionen in den Ländern ins Stocken geraten, soll der Bürger wissen, wer hierfür die Verantwortung trägt.", und wenn ja, sieht die Bundesregierung in dieser Veröffentlichung einen von ihr aufzugreifenden Verstoß gegen die Verpflichtung des Freistaats Bayern zu einem bundesfreundlichen Verhalten?

54. Abgeordneter Klein (Dieburg) (SPD)

Wird die Bundesregierung die Veröffentlichung und die den Verantwortungsbereich des Bundes betreffenden Feststellungen, die darin enthalten sind — wie z. B. die Behauptung, der Bund habe mit seinen Kürzungen "im Hochschulbau" seine verfassungsmäßigen Pflichten verletzt —, zum Anlaß nehmen, sich mit der bayerischen Staatsregierung in Verbindung zu setzen, und wenn ja, mit welchem Ziel wird dies geschehen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

55. Abgeordneter

Doss
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die im Bundesrat vorliegende Neufassung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), nachdem das Bundesverfassungsgericht die Mindesthonorarregelung der HOAI für verfassungswidrig erklärt hat?

56. Abgeordneter Würtz (SPD)

Wie beurteilt der Koordinator beim Bundeswirtschaftsministerium die Chancen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie für die Zukunft, und muß er — wie im Managermagazin 1/1982 (Einbruch an allen Fronten) dargestellt — um den Zusammenbruch dieses Industriezweigs in der Bundesrepublik Deutschland fürchten?

57. Abgeordneter Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)

Welchen Zeitraum erwartet die Bundesregierung für die Erhöhung des Anteils der Fernwärme am Niedrigtemperaturmarkt von heute 8 v. H. auf künftig 25 v. H. gemäß der Studie des Bundesforschungsministeriums, wenn nach Aussagen der Bundesregierung das neue Bund-Länder-Fernwärmeprogramm von 1,2 Milliarden DM Gesamtinvestitionen von höchstens 6 Milliarden DM auslöst, was etwa 10 v. H. der insgesamt erforderlichen Investitionssumme entspricht?

58. Abgeordneter Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welchen Fernwärmeanschlußgrad die Großstädte Köln, Bochum, Bielefeld und Hannover, die seit längerer Zeit Fernwärme haben, am Ende dieses Jahrzehnts erwarten, und welche Faktoren den erwarteten Anschlußgrad beeinflussen?

59. Abgeordneter Milz (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Finanzierung eines staatlichen Beschäftigungsprogramms durch eine erneute Anhebung der Mineralölsteuer um sechs bis acht Pfennig pro Liter Benzin für geeignet, die Auftragslage für das Bauhauptgewerbe angesichts der sieben prozentigen Lohnforderung des Gewerkschaftsvorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Sperner, insbesondere in revierfernen und strukturschwachen Gebieten zu verbessern, oder trägt ein solches Programm dazu bei, daß vorwiegend wenige große Baufirmen in Ballungsgebieten davon profitieren, während kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt sind?

60. Abgeordneter Lorenz (CDU/CSU)

Weshalb konnten die Gespräche und Verhandlungen mit der DDR über den künftigen Umfang des Überziehungskredits beim Zahlungssaldo des innerdeutschen Handels nicht bis zum Ablauf der bisherigen Regelung am 31. Dezember 1981 abgeschlossen werden, so daß es einer Verlängerung um ein halbes Jahr bedurfte, und welche Gegenleistung hat die DDR-Regierung für den einseitigen weiteren Zinsverzicht der Bundesrepublik Deutschland im Zuge dieser Verlängerung zugesagt?

61. Abgeordneter Lorenz (CDU/CSU)

Welche zwingenden Gründe erforderten nach Auffassung der Bundesregierung eine Umbenennung der Treuhandstelle für den Interzonenhandel angesichts der Bestimmungen in Nummer II Ziffer 1 des Zusatzprotokolls zum Grundlagenvertrag, wonach der Handel auf der Grundlage der bestehenden Abkommen entwickelt wird?

62. Abgeordneter Dr. Friedmann (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Baufirmen aus dem Ostblock in zunehmendem Maß entweder unter eigenem Namen als deutsche Zweigniederlassungen oder im Verband mit großen deutschen Baufirmen geschlossene Bauaufträge zu eindeutig politischen Preisen übernehmen, also deutschen Bauarbeitern die Arbeit wegnehmen, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

63. Abgeordneter Dr. Czaja (CDU/CSU)

Welchem Umfang hat die technologische und finanzielle Beteiligung aus der Bundesrepublik Deutschland an der Exploration der Öl-, Uran- und Erdgasvorkommen in den kanadischen Westprovinzen, und ist deutscherseits eine verstärkte Beteiligung an der Exploration von Rohstoffen in diesem Bereich möglich?

64. Abgeordneter Dr. Czaja (CDU/CSU)

Muß die Bundesrepublik Deutschland nicht aus Gründen der Diversifizierung ganz besonders an einer stärkeren energiepolitischen Zusammenarbeit mit Kanada interessiert sein?

65. Abgeordneter Thüsing (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der neuen Arbeitslosenzahlen, die Kriterien für die Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" neu zu überlegen, nachdem eine Reihe von Regionen nicht gefördert werden, obwohl die Arbeitslosenquote über 10 v. H. beträgt?

# 66. Abgeordneter Bindig (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von Fachleuten die DIN 70 030, die zur Ermittlung des Benzinverbrauchs bei Automobilen dient, als zweifelhaft, weil wenig praxisgerechte Werte vermittelnd, angesehen wird, und sieht die Bundesregierung es daher für zweckmäßig an, auf eine Änderung der DIN 70 030 in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung der realen Bedingungen des Straßenverkehrs hinzuwirken?

# 67. Abgeordneter Bindig (SPD)

Sind der Bundesregierung die Testergebnisse der französischen Zeitschrift "L' Automobile" (s. Süddeutsche Zeitung vom 9./10. Januar 1982) bekannt, wonach die von vielen Automobilherstellern angegebenen Benzinverbrauchswerte (zugrunde liegt die DIN 70 030) geschönt – teilweise um mehr als 18 Prozent – werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einer solchen Handhabung zum Schutze des energiesparenden Verbrauchers entgegenzuwirken?

### 68. Abgeordneter Kirschner (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, ob die Firma Videocolor in den letzten Jahren aus Bundesmitteln finanzielle Mittel oder Subventionen erhielt, und wenn ja, in welcher Höhe?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### 69. Abgeordneter Eigen (CDU/CSU)

Empfindet die Bundesregierung nicht selbst die Anhebung der Förderschwelle der einzelbetrieblichen Förderung auf 30500 DM je Arbeitskraft als unrealistisch angesichts der Tatsache, daß das Durchschnittseinkommen auf 18500 DM je Arbeitskraft gesunken ist?

### 70. Abgeordneter Eigen (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß die Milcherzeugerabgabe an die Europäische Gemeinschaft in Höhe von ca. 1,6 Pfennig je Liter Milch von den betroffenen Landwirten als eine Sondersteuer für die Europäische Gemeinschaft in Höhe von 5 bis 50 v. H. ihres Einkommens angesehen wird, und wann tritt die Bundesregierung endlich in Brüssel im Ministerrat der EG energisch für eine Abschaffung oder Aussetzung der Milcherzeugerabgabe ein?

### 71. Abgeordnete Frau Dr. Engel (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch von der Forstwirtschaft für Wartungs- und Pflegearbeiten in den Wäldern eingesetzte Gerätschaften – beispielsweise mit Benzin und Diesel betriebene Kraftfahrzeuge wie auch für den Holzeinschlag verwendete Zweitakt Motorkettensägen – eine nicht unerhebliche Umweltbelastung ausgelöst wird, weil eine beträchtliche Menge zum Teil schädlicher Verbrennungsprodukte emittiert werden, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

72. Abgeordneter Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler am 3. Dezember 1981 mit seiner Erklärung im Deutschen Bundestag, mit der er forderte, die europäische Milchproduktion einzuschränken und die Agrarkosten zu senken, den Aussagen des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, Brandt, widersprechen wollen, daß der Kampf gegen den Hunger erste Priorität habe und die EG müsse aufpassen, daß sie keinen falschen Kurs fahre?

73. Abgeordneter Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage einer Broschüre des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Pro-Kopf-Aufwendungen an die EG, nach der an der Spitze Belgien und die Niederlande vor der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark liegen, im Hinblick auf die ständige Behauptung vom deutschen Nettozahler, und wie sieht unter Berücksichtigung dieser Zahlen eine Kosten-Nutzen-Analyse aus, wenn man die gesamte Volkswirtschaft in die Betrachtung mit einbezieht?

74. Abgeordneter Kroll-Schlüter (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß das Ende 1980 in amtlichen Vorratsstellen tiefgefrorene Kalbfleisch, das wegen Diäthylstilböstrolrückständen eingelagert wurde, wieder in den Markt eingeführt worden ist?

75. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ende 1982 auslaufende Landabgaberente in bezug auf ihre agrarstrukturelle Wirkung?

76. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen in bezug auf eine Weiterführung der Landabgaberente oder die Einführung anderer agrarstruktureller Instrumente?

77. Abgeordneter Dr. Müller (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, geeignete Maßnahnahmen zu ergreifen, um bei internationalen Pferdetransporten durch das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, daß bei Entfernungen über 500 km LKWs anstelle der Bahn benützt werden, was in der Praxis vielfach auf eine Umgehung und Verletzung der Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens zum Schutz der Tiere bei Transporten führt?

78. Abgeordneter Dr. Müller (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Empfehlung 923 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Ostblockländer mit bedeutendem Pferdeexport, wie z. B. Polen, aufzufordern, dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz der Tiere bei Transporten beizutreten oder in vergleichbarer Weise sich zur Einhaltung seiner Bestimmungen zu verpflichten?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

79 Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Versorgung von Schwer-Brandverletzten in der Bundesrepublik Deutschland?

80. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Ländern, die in Fachkreisen erhobene Forderung, in formiertem Umfang Spezialeinrichtungen zur Versorgung von Schwer-Brandverletzten zu schaffen, zu verwirklichen?

81. Abgeordneter Schmidt (Kempten) (FDP) Zieht die Bundesregierung in Betracht, die Existenz der derzeit bestehenden sozialpädiatrischen Zentren zu gewährleisten oder sichern zu helfen, nachdem das Hamburger Werner Otto Institut im vergangenen Sommer in so akute Finanznöte geriet, daß die Schließung dieses Zentrums drohte, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, die Existenz der derzeit bestehenden sozialpädiatrischen Zentren zu gewährleisten?

82. Abgeordneter Egert (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen der Nummer 7 der Übergangsbestimmung des Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetzes (KVEG) die AOK-Lippe mit den in ihrem Bereich ansässigen Heilbädern für das Jahr 1982 höhere Preise für Heilmittel vereinbart hat, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Vertragspartner zur Einhaltung der Gesetzesbestimmungen zu veranlassen?

83. Abgeordneter Egert (SPD) Sind der Bundesregierung die Probleme bekannt, die sich daraus ergeben, daß Nummer 7 der Übergangsbestimmungen KVEG zwar den Krankenversicherungsträgern bis 1983 neue Preisvereinbarungen für Heilmittel mit Heilbädern untersagt, nicht aber den Rentenversicherungsträgern, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese offensichtliche Ungleichbehandlung der beiden Sozialversicherungsträger zu beseitigen?

84. Abgeordneter Haase (Fürth) (SPD)

Kann das Bundesarbeitsministerium über die Anwendung eines Vorschlags des DeHoGa durch die Arbeitsämter berichten, daß mit Hilfe einer Partnerschaft zwischen Fremdenverkehrsorten und Schwerpunktgebieten der Arbeitslosigkeit wenigstens teilweise Arbeitslosigkeit gemindert werden kann?

85. Abgeordneter Haase (Fürth) (SPD)

Wie hoch sind die Stellenanforderungen im Gaststättenbereich in der Saison?

86. Abgeordneter Stiegler (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Einnahmen aus Regreßfällen die Sozialversicherungsträger auf Bundes- und Landesebene im Durchschnitt der letzten fünf Jahre aus Forderungsübergängen gemäß § 1542 RVO und entsprechenden Vorschriften anderer Sozialgesetze geltend gemacht bzw. in die Haushalte eingestellt haben, und welcher Prozentsatz dieser Forderungen dann tatsächlich realisiert worden ist?

87. Abgeordneter Stiegler (SPD) Welche Leistungsausfälle würden die Sozialversicherungsträger auf Bundes- und Landesebene jährlich verkraften müssen, wenn das Quotenvorrecht der Sozialversicherungsträger wie im Beamten- und im Privatversicherungsrecht durch ein Quotenvorrecht der Versicherten abgelöst würde?

88. Abgeordneter Conradi (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch das Kostendämpfungsergänzungsgesetz (Ergänzung zu § 368 Abs. 2 RVO) die Durchführung der Neugeborenen-Basis-Untersuchung (U 2) am dritten bis zehnten Lebenstag nicht mehr Bestandteil der kassenärztlichen Leistungen ist, die Krankenhäuser jedoch nicht verpflichtet sind, diese Untersuchung (einschließlich der TSH-Untersuchung auf angeborenen Schilddrüsenmangel) im Rahmen ihrer Pflegesätze durchzuführen?

89. Abgeordneter Conradi (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Neuregelung die Gefahr in sich birgt, daß neugeborene Kinder nur mangelhaft pädiatrisch versorgt werden und möglicherweise Dauerschäden davontragen, weil Früherkennungsuntersuchung und Frühbehandlung unterblieben sind, und ist die Bundesregierung bereit, die Krankenhäuser zu verpflichten, diese Untersuchungen auf jeden Fall durchzuführen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

90. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CDU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wehrpflichtige und Zivildienstleistende beim Zugang zum Landesdienst in Nordrhein-Westfalen, insbesondere zum Schuldienst, erhebliche Nachteile in Kauf nehmen müssen, weil sie angesichts der sich von Jahr zu Jahr verschlechternden Anstellungschancen im Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen und in Anbetracht der Tatsache, daß Bewerber für ein Lehramt von Jahr zu Jahr mit länger dauernder Teilzeitarbeit und Teilanstellungsverträgen rechnen müssen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

91. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung entsprechend § 11 a des Arbeitsplatzschutzgesetzes die Verpflichtung der Länder, entlassenen Soldaten Vorrang vor anderen Bewerbern gleicher Eignung einzuräumen, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung gegebenenfalls, dieser Rechtsauffassung auch im Land Nordrhein-Westfalen Geltung zu verschaffen?

92. Abgeordneter Wimmer (Neuss) (CDU/CSU) Zu welchem Ergebnis ist die beim Bundesministerium der Verteidigung in der ersten Hälfte 1981 eingesetzte Kommission für die zukünftige Entwicklung im Bereich der Betriebskosten (Treibstoff etc.) gekommen, oder zu welchem Zeitpunkt werden konkrete Ergebnisse zu erwarten sein?

93. Abgeordneter Sielaff (SPD) Warum lehnt der Bundesverteidigungsminister den Vorschlag des Bundesbeauftragten für den Datenschutz ab, die Akten aus den Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer anstelle der bisherigen Praxis, die Akten mit den sehr persönlichen Angaben an das Bundesamt für Zivildienst zu geben, zukünftig bei den Kreiswehrersatzämtern zu belassen und nach Ablauf der Wehrüberwachung zu vernichten?

94. Abgeordneter Kolbow (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das anerkennenswerte Engagement von wehrpflichtigen Amateursportlern zugunsten der Arbeit in Sportvereinen durch möglichst heimatnahe Einberufung zu stützen?

95. Abgeordneter Kolbow (SPD)

Treffen Behauptungen zu, daß Gesuchen von wehrpflichtigen Berufssportlern, insbesondere Fußballprofis, auf heimatnahe Einberufung bzw. Versetzung in Heimatnähe eher entsprochen wird als den Gesuchen von wehrpflichtigen Amateursportlern?

96. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)

Wie hat sich die seinerzeitige Entscheidung des Bundesverteidigungsministers ausgewirkt, dem Generalinspekteur der Bundeswehr erweiterte Kompetenzen für die Planungen zuzuweisen?

97. Abgeordneter Francke (Hamburg) (CDU/CSU) Welche Gründe waren bestimmend, daß im Gegensatz zur Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums vom 26. Mai 1981 (XV III/35), wonach "die Arbeit der Kommission bis Ende dieses Jahrs (gemeint ist 1981) zu ersten Ergebnissen führen soll", die Ergebnisse der Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr bislang nicht veröffentlicht worden sind?

98. Abgeordneter Francke (Hamburg) (CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung die Ergebnisse der Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr nunmehr veröffentlichen?

99. Abgeordneter Horstmeier (CDU/CSU) Aus welchem Grund sehen die Beihilferegelungen für die Soldaten vor, daß bei einem Krankenhausaufenthalt an einem ausländischen Dienstort nur die Höhe der Pflegesätze in deutschen Krankenhäusern für die Abrechnung zugrundegelegt wird, auch wenn die ausländischen, wie z. B. in Frankreich, höher sind?

100. Abgeordneter Dr. Enders (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Wehrpflichtige im vergangenen Jahr von einem Ausbildungs- oder Studienplatz zur Bundeswehr eingezogen wurden, bevor sie ein Drittel der Ausbildung beendet hatten?

101. Abgeordneter Dr. Enders (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei dem heutigen Mangel an Ausbildungs- und Studienplätzen diese Wehrpflichtigen als Härtefälle anzuerkennen und die Einberufung erst nach dem Abschluß der Ausbildung vorzunehmen?

102. Abgeordnete
Frau
Schmedt
(Lengerich)
(SPD)

Wie viele weibliche Beschäftigte sind z. Z. im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums tätig, und wie verteilen sie sich auf den zivilen und militärischen Bereich?

103. Abgeordnete
Frau
Schmedt
(Lengerich)
(SPD)

Wie verteilen sich die weiblichen Beschäftigten der Bundeswehr auf die einzelnen Laufbahngruppen im zivilen Bereich und bei den Streitkräften? 104. Abgeordnete Frau Luuk (SPD)

Besteht von seiten der Bundesregierung die Absicht, die gegenwärtig von Soldaten besetzten Dienstposten künftig stärker mit Zivilpersonen zu besetzen und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in der Bundeswehr zu vergrößern?

105. Abgeordnete Frau Luuk (SPD) Wird die Bundesregierung geeignete Schritte unternehmen, um Frauen über die Arbeit und Aufstiegsmöglichkeiten in der Bundeswehr umfassender als bisher zu informieren?

106. Abgeordnete Frau Simonis (SPD)

Wie viele weibliche Sanitätsoffiziere sind z. Z. in der Bundeswehr tätig, und wie verteilen sich männliche und weibliche Soldaten in der Laufbahn als Sanitätsoffiziere auf die Bereiche Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärwesen und Pharmazie?

107. Abgeordnete Frau Simonis (SPD) Welchen Laufbahngruppen sind die männlichen und weiblichen Soldaten in der Laufbahn als Sanitätsoffiziere in der Humanmedizin, Zahmedizin, im Veterinärwesen und in der Pharmazie zuzuordnen?

108. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)

Wie viele männliche und weibliche Soldaten werden z. Z. als Sanitätsoffizieranwärter/anwärterinnen geführt, und beabsichtigt die Bundesregierung, Frauen künftig als Sanitätsoffizieranwärterinnen einzustellen?

109. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)

Welche Möglichkeiten eines beruflichen Aufstiegs durch qualifizierte Berufsausbildung bietet die Bundeswehr männlichen Berufs- sowie Zeitsoldaten, und welche entsprechenden Chancen bestehen für weibliche Beschäftigte im Bereich der Bundeswehr?

110. Abgeordnete Frau Traupe (SPD) Wie viele Dozenten sind gegenwärtig an den Bundeswehrhochschulen beschäftigt, und wie hoch beläuft sich der Anteil der weiblichen Dozenten?

111. Abgeordnete Frau Traupe (SPD) Erwägt die Bundesregierung, Frauen auch die Laufbahn im Sanitätsdienst (Mannschaften, Unteroffiziere) zu eröffnen?

112. Abgeordnete Frau Steinhauer (SPD) Ist sichergestellt, daß Stellenausschreibungen bei der Bundeswehr den Anforderungen des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes entsprechen?

113. Abgeordnete Frau Steinhauer (SPD)

Besteht die Absicht, für die im zivilen Bereich und bei den Streitkräften beschäftigten Frauen sogenannte Frauenförderungspläne zu entwickeln, und wann ist gegebenenfalls mit entsprechenden Vorlagen zu rechnen?

114. Abgeordneter Dallmeyer (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen hat die bisherige Arbeit der vom Bundesverteidigungsministerium am 26. Mai 1981 eingesetzten Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr geführt? 115. Abgeordneter Dallmeyer (CDU/CSU)

Welche Planungsinstrumentarien gibt es beim Bundesverteidigungsministerium z. Z. insgesamt mit den dazugehörigen Berichts-bzw. Vorlageterminen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

116. Abgeordneter Boroffka (CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung unverändert bei ihrer mehrfach geäußerten Haltung, die Durchführung eines Weltkongresses über Lebensmittelinfektionen und -intoxikationen im Jahr 1984 in Berlin (West) als Folgeveranstaltung des dort vom 29. Juni bis 2. Juli 1980 abgehaltenen 1. Weltkongresses tatkräftig zu unterstützen?

117. Abgeordneter Boroffka (CDU/CSU) Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die für einen solchen Kongreß notwendigen langfristigen Vorbereitungen ihre, auch haushaltsmäßig abzusichernde, endgültige Entscheidung rechtzeitig, d. h. noch in den nächsten Wochen treffen?

118. Abgeordneter Schröder (Hannover) (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß vorgesüßte Fertigteepräparate (mit einem Zuckeranteil von bis zu 96 v. H. im Granulat) von Produzenten, die im Verband für Diätetische Nahrungsmittelhersteller zusammengeschlossen sind, als "Durstlöscher" und zum Trinkgenuß "zwischen den Mahlzeiten" auf den Verpackungen als Trinknahrung für Säuglinge und Kleinkinder offeriert werden, obwohl bei Zufuhr aus Säugerflaschen bereits schwere Zahnschäden bei ein- bis dreijährigen Kindern hervorgerufen werden können, und was denkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?

119. Abgeordneter Schröder (Hannover) (SPD) Sind der Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungen bekannt, in denen das Ausmaß dieser Zahnschäden untersucht wird, und was gedenkt die Bundesregierung — gerade auch angesichts der hohen materiellen Schäden, die auf diese Weise zu Lasten der Solidargemeinschaft der Versicherten von den Krankenkassen getragen werden müssen — zu unternehmen?

120. Abgeordneter Merker (FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse – gegebenenfalls welche – vor über ein Anwachsen von Folgekriminalität bei Kindern und Jugendlichen, die im Zusammenhang steht mit ihrer Spielleidenschaft an Spielautomaten, die an für jedermann frei zugänglichen Stellen installiert sind?

121. Abgeordneter Merker (FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Installation dieser Geräte an solchen frei zugänglichen Stellen einzuschränken oder zu verbieten, um Kinder und Jugendliche, die nach dem Jugendschutzgesetz zu sogenannten Spielhöllen keinen Zugang haben, hinreichend zu schützen? 122. Abgeordneter
Marschall
(SPD)

Hat die Bundesregierung neue Erkenntnisse über das Ausmaß und die Hintergründe der jüngsten Tierarzneimittelskandale, und wann wird die Bundesregierung die angekündigten Verschärfungen des Arzneimittelgesetzes und einiger Durchführungsverordnungen vorlegen?

123. Abgeordneter Marschall (SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnisse über den Umfang der Produktion und den Import von verschreibungspflichtigen Tierarzneimitteln in der Bundesrepublik Deutschland und darüber, welche Mengen der Tierarzneimittelproduktion legal von den Tierärzten an die Landwirte zur Behandlung kranker Tiere weitergegeben wird?

124. Abgeordnete Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über den Anstieg der Tierarzneimittelproduktion und -anwendung in Abhängigkeit von der Zunahme der Massentierhaltung?

125. Abgeordnete Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Verbraucher über die verschiedenen Produktionsmethoden des angebotenen Fleisches und die dabei eventuell entstehenden Unterschiede im Hinblick auf die Qualität des Fleisches zu informieren?

126. Abgeordnete Frau Zutt (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der Naturalrabatte beim Vertrieb von Tierarzneimitteln, und wird sie darauf hinwirken, daß die Naturalrabatte eingeschränkt oder verboten werden, wenn sich zeigen sollte, daß sie eine wesentliche Quelle des grauen Tierarzneimittelmarkts sind?

127. Abgeordnete Frau Zutt (SPD)

Wirft die Praxis der Naturalrabatte nach Meinung der Bundesregierung nicht steuerrechtliche Probleme auf, und wie werden die Naturalrabatte für Tierarzneimittellieferungen unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten bei den Tierärzten in bezug auf Umsatzsteuer und Einkommensteuer behandelt?

128. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD)

Reichen nach Ansicht der Bundesregierung die jetzigen Möglichkeiten der Kontrolle über die Herstellung und den Vertrieb von Tierarzneimitteln aus, oder müßte für eine wirksame Kontrolle der präparateweise Nachweis in den einzelnen Pharmabetrieben durch zusätzliche Formvorschriften im Arzneimittelgesetz geregelt werden?

129. Abgeordnete Frau Weyel (SPD) Hält die Bundesregierung die Kontrolle der sachgerechten Anwendung von Tierarzneimitteln ausschließlich durch arzneimittelrechtliche Maßnahmen für ausreichend, und wie beurteilt sie die Forderung nach Vorverlegung der Kontrollen in den Stall?

130. Abgeordneter Rayer (SPD) Sind bei der Kontrolle der Vertriebswege von Tierarzneimitteln die öffentlichen Apotheken einbezogen, und ist beabsichtigt, sie eventuell zur Sicherung eines lückenlosen Nachweis- und Überprüfungssystems in die Kontrollen einzubeziehen?

131. Abgeordneter
Rayer
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, den Tierärzten den Verkauf von Tierarzneimitteln zu untersagen, und wäre der ausschließliche Vertrieb durch Apotheken eine Möglichkeit, den Mißbrauch zu unterbinden? 132. Abgeordnete Frau Blunck (SPD) Für welche bisher bei uns nicht verschreibungspflichtigen Fütterungsarzneimittel- oder Futtermittelzusätze gibt es Bestrebungen für einschränkende Regelungen auf europäischer Ebene, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu diesen Vorhaben ein?

133. Abgeordnete Frau Blunck (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitlichen Risiken jener Antibiotika für die Verbraucher, die als Futtermittelzusätze legal gehandelt und angewendet werden, um zu schnelleren Masterfolgen z. B. bei Schweinen, Mastbullen, Kälbern und Fischen zu kommen, und wird die Bundesregierung im Interesse des Gesundheitsschutzes der Verbraucher Bestrebungen unterstützen, die Anwendung von solchen Futtermittelzusätzen auf europäischer Ebene zu verbieten?

134. Abgeordnete
Frau
Dr. MartinyGlotz
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Großhandlungen im Tierarzneimittelvertrieb tätig sind?

135. Abgeordnete Frau Dr. Martiny-Glotz SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Funktion des Großhandels im Tierarzneimittelvertrieb, und wird sie eventuell durch besondere Auflagen dafür sorgen, daß über den Großhandel der Tierarzneimittelmißbrauch nicht ermöglicht bzw. gefördert wird?

136. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)

Trifft es zu, daß die Kindersterblichkeit von Kindern unter einem Jahr pro 1 000 Geburten in der Bundesrepublik Deutschland noch immer über dem Durchschnitt in der Europäischen Gemeinschaft liegt, und worauf führt die Bundesregierung dies zurück?

137. Abgeordneter Müller (Schweinfurt) (SPD) Was gedenkt sie zu unternehmen, um endlich eine Besserung in diesem Bereich zu erzielen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

138. Abgeordneter Linsmeier (CDU/CSU) Sind die Beratungen des Sachverständigengremiums, das sich mit den "Richtlinien für die Ausführung und Anbringung von Rückspiegeln" – insbesondere für Kraftomnibusse – befaßt, zwischenzeitlich abgeschlossen, bzw. welche Möglichkeiten, diese Beratungen mit dem Ziel eines baldigen Ergebnisses zu beschleunigen, sieht die Bundesregierung?

139. Abgeordneter Hinsken (CDU/CSU) Welche Verwendung hat die Bundesregierung für den in Kürze ausscheidenden Präsidenten Dr. Vaerst und die übrigen Vorstandsmitglieder der Deutschen Bundesbahn vorgesehen?

140. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung angesicht der Tatsache zu unternehmen, daß infolge des Fehlens eines Überwachungssystems rechtswidrige Meeresverschmutzungen bisher kaum bewiesen und geahndet werden können? 141. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)

In wieviel Fällen sind 1981 auf Schiffen unter fremder Flagge Mängel hinsichtlich des Schiffs und seiner Besatzung u.a. auf Grund der Tankschiffprüfliste festgestellt worden, und welche Maßnahmen sind in diesen Fällen ergriffen worden?

142. Abgeordneter Dr. Sprung (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, Rettungsund Einsatzfahrzeugen, wie z.B. solchen für den Krankentransport, die Benutzung von Spikes-Reifen für die Wintermonate zu erlauben?

143. Abgeordneter Dr. Sprung (CDU/CSU)

Wenn eine allgemeine Erlaubnis für die genannten Fahrzeuge abgelehnt wird, kann sie nicht wenigstens für solche Berglandregionen erteilt werden, in denen während der Wintermonate, nachdem der Einsatz von Streusalz aus Umweltschutzgründen nunmehr unterbleibt, durchgehend mit verschneiten oder vereisten Fahrbahnen zu rechnen ist?

144. Abgeordneter Milz (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, von der Haltung des Bundesverkehrsministers, daß der Straßenbau für Konjunktur- und Investitionsprogramme ungeeignet sei, abzurücken und in absehbarer Zeit ein Konjunktur- und Investitionsprogramm für den Straßenbau in die Tat umzusetzen?

145. Abgeordneter Engelsberger (CDU/CSU) Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung nun endgültig zum Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, nachdem Bundeskanzler Schmidt vor wenigen Monaten dem österreichischen Bundeskanzler die Zusage für die Fertigstellung des Kanals gegeben hat, Bundeswohnungsbauminister Dr. Haack am Wochenende 23./24. Januar 1982 nachdrücklich für den Weiterbau des Kanals eingetreten ist, während Bundesverkehrsminster Dr. Hauff dieses Projekt Ende des vergangenen Jahrs als "die größte Fehlinvestition seit dem Turmbau von Babel" bezeichnet hat?

146. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung wegen der durch das polnische Militärregime der Lufthansa verweigerten Luft- und Landerechte in Warschau interveniert und mit welchem Erfolg, zumal gleichzeitig die staatliche polnische Luftverkehrsgesellschaft "LOT" die Flug- und Landerechte in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor gewährt erhält?

147. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft, sich mit 2 Millionen ECU am Ausbau eines neuen Flugplatzes auf Grenada zu beteiligen, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß dieser Flugplatz auch militärisch genutzt werden wird?

148. Abgeordneter Stutzer (CDU/CSU) Inwieweit werden 1982/83 die Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen am Nord-Ostee-Kanal gegenüber der bisherigen Planung eingeschränkt, und ist hiervon auch der beabsichtigte Neubau der Lotsenstation in Breiholz betroffen?

# Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

149. Abgeordneter Jaunich (SPD)

Ist es richtig, daß durch die 16. Änderungsverordnung der Fernmeldeordnung, die die Deutsche Bundespost Anfang letzten Jahres erlassen hat, private Notruftelefone nur noch errichtet werden können, wenn sie bis zum 31. Dezember 1981 angemeldet wurden, und warum hat die Bundesregierung diese private Initiative unterbunden, obwohl nicht gewährleistet ist, daß das neue Notruftelefon der Deutschen Bundespost von den Bundesländern im gleichen Mengenumfang gestellt wird, wie dies bisher von prvater Seite aus geschehen ist?

150. Abgeordneter Jaunich (SPD)

Warum hat die Deutsche Bundespost bei der privaten Industrie 4 000 Notruftelefone zu einem Zeitpunkt bestellt, zu dem bereits feststand, daß Notruftelefone von diesem Mengenumfang von den Bundesländern nicht abgerufen werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Fehldisposition zu korrigieren?

151. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)

Wie vereinbart sich die Aussage des Bundespostministers anläßlich der Präsidentenbesprechung am 28./29. September 1981 in Bonn, bei der er wörtlich erklärt, "Der Ende 1981 voraussichtlich vorhandene Bedarf ist bei den Ämtern des Postwesens um ca. 3 000 Personaleinheiten im Jahresdurchschnitt und bei den Ämtern des Fernmeldewesens um ca. 7 500 Personaleinheiten abzusenken", mit dem bei der Deutschen Bundespost geltenden Personalbemessungssytem und insbesondere mit der vom Postverwaltungsrat hinterher beschlossenen Personalvermehrung um 6000 Kräfte bei der Deutschen Bundespost?

152. Abgeordneter Pfeffermann (CDU/CSU)

Treffen Meldungen in der "Welt" vom 27. Januar 1982 zu, wonach bei der Neuvergabe des Postwerbeetats von insgesamt rund 85 Millionen DM für 1983 nur ausländische Agenturen zur Präsentation aufgefordert wurden, und welche waren dies?

153. Abgeordneter Pfeffermann (CDU/CSU)

Gibt es keine deutschen mittelständischen Werbeagenturen, die so leistungsfähig sind, daß sie – mit Ausnahme sogenannter Minietats (z. B. für Philatelie) – für einen Auftrag der Deutschen Bundespost in Frage kommen?

# Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

154. Abgeordneter Kalisch (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Anzahl der Fälle bekannt, in denen Kraftfahrer auf den Transitwegen von und nach Berlin (West) von Beamten der Volkspolizei aufgefordert bzw. gebeten wurden, verunfallte, unverletzte Personen nach Berlin (West) oder in die Bundesrepublik Deutschland mitzunehmen, und mit welchen Maßnahmen der Behörden der DDR hat ein Kraftfahrer zu rechnen, der dieser Aufforderung bzw. Bitte nicht nachkommt? 155. Abgeordneter Kalisch (CDU/CSU) Besteht eine rechtliche Verpflichtung zu einer Mitnahme, und was gedenkt die Bundesregierung gegen eventuelle Benachteiligungen dieser Kraftfahrer – z. B. durch Verzögerungen bei der Grenzabfertigung – zu unternehmen?

156. Abgeordneter Clemens (CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler bei seinem Treffen mit SED-Chef Honecker die dem Normalisierungsziel und der Verpflichtung zu gut nachbarlichem Verhalten, die sich aus dem Grundlagenvertrag ergibt, massiv zuwiderlaufende Aufrechterhaltung und Verstärkung der innerdeutschen Grenze zur Sprache gebracht und den Abbau dieser Anlagen sowie die Aufhebung des Schießbefehls gefordert?

157. Abgeordneter Clemens (CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler bei seinem Treffen mit SED-Chef Honecker die ständigen Verletzungen der internationalen Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Behörden der DDR, insbesondere des Rechts auf Verlassen jedes Landes einschließlich des eigenen, angesprochen und die Einhaltung dieser Verträge durch die DDR verlangt?

158. Abgeordneter Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die faktische Verhinderung unmittelbarer Kontakte des Bundeskanzlers mit der Bevölkerung von Güstrow bei seinem Besuch in dieser Stadt durch die DDR-Behörden und durch die DDR?

159 Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)

In welcher Weise hat sich der Bundeskanzler dem SED-Generalsekretär gegenüber gegen die äußere Gestaltung seines Besuchs in der Stadt Güstrow verwahrt, und weshalb blieb gegebenenfalls eine solche Verwahrung ohne Erfolg?

160. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Außenministerium der DDR trotz der jüngsten Gespräche zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker in der vergangenen Woche außer Reisekorrespondenten auch in der DDR akkreditierten Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) die Teilnahme zur Berichterstattung über die vom 29. bis 31. Januar d. J. in Herrenhuth/Sachsen stattfindende Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ohne Begründung verweigert hat?

161. Abgeordneter Schulze (Berlin) (CDU/CSU) Weshalb erwähnt der Wortlaut der Gemeinsamen Kommuniques bezüglich des Viermächteabkommens vom 3. September 1981 das Wort "Berlin" nicht an einer einzigen Stelle, und hat sich der Bundeskanzler insoweit einem Verlangen Honeckers gebeugt?

162. Abgeordnete Frau Roitzsch (CDU/CSU) Welche Zugeständnisse der Bundesregierung beim Treffen Schmidt/Honecker liegen der Außerung des SED Generalsekretärs nach Beendigung des Treffens zugrunde, daß man in der Staatsangehörigkeitsfrage aufeinander zugehe? 163. Abgeordnete Frau Roitzsch (CDU/CSU)

Hat der SED Generalsekretär Honecker in seinem Interview mit dem SED Zentralorgan "Neues Deutschland", veröffentlicht am 16. Dezember 1981, die gemeinsamen Absichten, Feststellungen und Beurteilungen über die innerdeutschen Probleme, die er erwähnte, nach Auffassung der Bundesregierung zutreffend wiedergegeben?

164. Abgeordneter Böhm (Melsungen) (CDU/CSU) Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß mehrere Hundert Jugendliche in den verschiedenen Teilen der DDR vom dortigen Staatssicherheitsdienst und der Transportpolizei daran gehindert wurden, aus Anlaß des Besuchs des Bundeskanzlers nach Güstrow zu gelangen?

165. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)

Welche Vorgänge und daraus zu ziehende Konsequenzen meinte der Bundeskanzler, als er in einem Rundfunktinterview über seinen Besuch in der DDR erklärte, es geschähen auch "auf westdeutscher Seite, auf dem Felde der Bundesrepublik Deutschland, mancherlei überflüssige unfreundliche Akte. Da müssen wir auch mal ein bißchen selber nachforschen, ob wir da nicht einiges korrigieren können", und im Zusammenhang damit von Versuchen sprach, "DDR-Besucher abzuwerben, die gar nicht abgeworben werden wollen"?

166. Abgeordneter Dr. Warnke (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler bei seinem Treffen mit SED-Chef Honecker die Strafrechtsnovelle der DDR vom 28. Juni 1979 mit ihrer den innerdeutschen Vereinbarungen und den Menschenrechtspakten widersprechenden Strafbedingungen zur Sprache gebracht und eine vertragskonforme Änderung dieser Gesetze gefordert?

167. Abgeordneter Dr. Warnke (CDU/CSU)

Weshalb verwendet das Gemeinsame Kommuniqué über das Treffen von Bundeskanzler Schmidt und SED-Chef Honecker anstelle der zutreffenden Bezeichnung "die beiden Staaten in Deutschland" die mißverständliche und irreführende Bezeichnung "die beiden deutschen Staaten"?

# Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

168. Abgeordneter Dr. Bugl (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird die Vertragsforschung kleiner und mittlerer Unternehmen durch steuerliche Erleichterungen und durch direkte Zuwendungen des Bundes gefördert, und ist diese Doppelseitigkeit im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und der Ersparnis von Staatsgeldern noch angebracht?

169. Abgeordneter Dr. Bugl (CDU/CSU)

Wieviel Projekte wurden im Rahmen der direkten Förderung der Vertragsforschung kleiner und mittlerer Unternehmen durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie seit Beginn des Programms gefördert, und wie viele Personen waren mit der Verwaltung dieses Programms innerhalb und außerhalb des Bundesforschungsministeriums beschäftigt?

170. Abgeordnete
Frau
Dr. Engel
(FDP)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß im Rahmen des laufenden Forschungs- und Entwicklungsprogramms des Bundesverkehrsministeriums zur Erprobung von Methanol – auch aus Gründen der Einsparung von Benzin und Diesel – vorhandene Gerätschaften auf Methanol umgestellt werden und Neuanschaffungen von vornherein für Methanolbetrieb vorzusehen sind?

171. Abgeordneter Weirich (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Forschungsmittel in den USA, Japan, Frankreich und Großbritannien in den letzten fünf Jahren für Solarenergieforschung und insbesondere für Solarzellenentwicklung bereitgestellt wurden, und wie beurteilt die Bundesregierung im Vergleich dazu die Anstrengungen in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich?

172. Abgeordneter Weirich (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die deutschen staatlichen Maßnahmen zur Markteinführung von Solarzellen im Vergleich zu den Maßnahmen, die nach Kenntnis der Bundesregierung in den USA, Japan, Frankreich und Großbritannien in den letzten Jahren ergriffen wurden?

173. Abgeordneter Leuschner (SPD) Sind die tieferliegenden Gründe und der unmittelbare Anlaß bekannt, die zu einer derzeit schon fast zweijährigen Stillegung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) nach 8,5 Betriebsjahren geführt haben?

174. Abgeordneter Leuschner (SPD) Werden durch die Auswertung der in der WAK im Zuge der Reparatur der Anlage gewonnenen Erkenntnisse die Erfolgschancen für den Dauerbetrieb einer zukünftigen größeren Anlage höher oder geringer als bisher eingeschätzt?

175. Abgeordneter Catenhusen (SPD) Wird die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK), die seit April 1980 wegen eines Korrosionsschadens am Auflöser stillsteht, wieder in Betrieb gehen und gegebenenfalls wann?

176. Abgeordneter Catenhusen (SPD)

Warum konnte die geplante Wiederinbetriebnahme "Anfang 1982" (siehe Häfele-Gutachten zur Größe einer Demonstrationsanlage, Seite 9) nicht erreicht werden?

177. Abgeordneter
Auch
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Klage eines leitenden Forschers der Max-Planck-Gesellschaft, daß die Anschaffung von "mindestens einem Viertel" der Geräte "unnütz" ist (vgl. die Zeit vom 8. Januar 1982, Seite 41)?

178. Abgeordneter Auch (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des in der Vorfrage genannten Forschers, daß die rechtzeitige Gerätebeschaffung mit dem Termin der Verabschiedung des Bundeshaushalts in Verbindung gebracht werden kann?

179. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD)

Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben fördert die Bundesregierung, um Dünnsäure unschädlich zu beseitigen?

180. Abgeordnete Frau Terborg (SPD) Welche Techniken in Forschung und Entwicklung werden von der Bundesregierung zur Verminderung der Emission von Blei und anderen Schwermetallen gefördert, und wann werden die ersten Ergebnisse vorliegen?

181. Abgeordneter Dr. Hirsch (FDP)

Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, daß an dem Kessel, der für den Einbau in den Schnellen Brüter bei Kalkar vorgesehen ist, "Kristaline Korrosion", also Rost, aufgetreten ist, trifft das auch für andere Maschinenteile zu, und welche Folgen ergeben sich daraus?

182. Abgeordenter Dr. Hirsch (FDP)

Wann und von wem ist zuletzt eine verantwortliche Kalkulation über die Kosten des in Kalkar zu produzierenden elektrischen Stroms erstellt worden, und wie sollen die Betriebskostendefizite aufgebracht werden, die angeblich bis zu 300 Millionen DM jährlich betragen sollen?

183. Abgeordneter Dr. Kübler (SPD) Verfügt die Bundesregierung über zuverlässige Informationen, bis wann die Wiederaufarbeitungsanlage bei der Kernforschungsanlage Karlsruhe wieder in Betrieb genommen werden kann, und wie beurteilt die Bundesregierung die sehr lange Ausfallzeit im Hinblick auf Ursachen und Konsequenzen auch für die nächste geplante Stufe der Wiederaufarbeitungstechnologie, nämlich eine Demonstrationsanlage für Wiederaufarbeitung mit einer Kapazität von 350 Jahrestonnen?

Bonn, den 29. Januar 1982